



**Bernd Lynack MdL**  
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:  
Osterstr. 39 A · 31134 Hildesheim  
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52  
Fax: 0 51 21 / 69 42 37  
info@bernd-lynack.de  
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 07.04.2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

in wenigen Wochen werden wir wieder den ersten Mai als den „Tag der Arbeit“ feiern. An diesem Tag gedenken wir nicht nur den Opfern der Arbeiteraufstände, die seit dem Aufkommen der Industrialisierung in allen Teilen der Welt für bessere Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und gegen die Ausbeutung gekämpft haben.



Der erste Mai ist immer auch Anlass, um über die Bedingungen nachzudenken, unter denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute im Jahre 2017 ihren Lebensunterhalt verdienen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie konnten in den letzten 150 Jahren viele Verbesserungen durchsetzen. Aber noch heute gibt es zu viele Menschen, die keine Arbeit haben oder von ihrer Arbeit

keine Familie ernähren können. Auch heute gibt es Arbeitsbedingungen die belasten, müssen Leih- und Werksarbeiter um Anschlussbeschäftigungen bangen und verdienen Frauen oftmals weniger als Männer in gleichen Positionen. Wir haben daher den anstehenden Feiertag zum Anlass genommen, um die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Niedersachsen in unserer Aktuelle Stunde „**Tag der Arbeit 2017: Wir sind viele. Wir sind eins. Gute Arbeit und faire Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.**“ zum Thema im Landtag zu machen.

In einer sehr populistischen Art und Weise hat die FDP-Fraktion die **Versorgung von (Ober-) Bürgermeister\_innen und Landrät\_innen** in der Aktuelle Stunde zum Thema gemacht. Mich hat vor allem geärgert, dass die FDP versucht hat, hier Äpfel mit Birnen zu vergleichen, in dem sie Vergleiche mit Berufen in der Wirtschaft und Abgeordneten ins Feld geführt hat. Wenn hier verglichen werden



soll, müssen allerdings gleiche Rahmenbedingungen für alle Berufsgruppen geschaffen werden. Meine Rede zu dem Antrag der FDP könnt ihr wie immer auf meiner Homepage unter [www.bernd-lynack.de](http://www.bernd-lynack.de) nachlesen.

Gleich nach der Regierungsübernahme unserer Koalition im Jahr 2013 haben Ministerpräsident Stephan Weil sowie Umweltminister Stefan Wenzel das vom damaligen CDU-Bundesumweltminister Peter Altmaier vorgelegte **Endlagersuchgesetz** zur Einrichtung eines Atommüllendlagers durch geschickte Verhandlungen gestoppt. Der Konflikt um die Frage der Endlagerung von radioaktivem Müll hat Niedersachsen jahrzehntelang geprägt. Mit der Entscheidung der Regierung Albrecht im Jahr 1977 in Gorleben das zentrale deutsche Atommüllendlager einzurichten, wurde die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie in unser Land getragen. Mit den Castortransporten, den begleitenden Demonstrationen sowie den Polizeigrößeinsätzen wurde unser Bundesland zum Schauplatz dieses gesellschaftlichen Streits.

Jetzt haben Ende März Bundestag und Bundesrat das neue Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz) beschlossen. Dieses Gesetz stellt einen Neubeginn bei der Suche nach einem sicheren Ort und einer sicheren Methode zur dauerhaften Lagerung hochradioaktiver Abfälle dar. Mit dem neuen Gesetz kann nun ein ergebnisoffenes, wissenschaftsbasiertes und transparentes Verfahren beginnen. Ich finde, dass dies ein voller Erfolg für unsere Regierungsarbeit ist. Umweltminister Wenzel hat zu Beginn der Plenarwoche eine Regierungserklärung zum „**Standortauswahlgesetz und Neubeginn bei der Endlagersuche**“ abgegeben.

## **LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT**

### **Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhüllung des Gesichts in öffentlichen Gebäuden**

Mit diesem effekthaschenden Antrag versucht die CDU-Fraktion wieder einmal das vermeintlich in der Bevölkerung vorhandene Unbehagen gegenüber verschleierten Muslimen für eigene politische Zwecke zu nutzen. Hier müssen wir deutlich machen, dass wir rechtspopulistische und muslimfeindliche Parteien nicht dadurch kleinhalten, indem wir deren Forderungen aufnehmen. Im Gegenteil: Die Bevölkerung muss angesichts der so angestoßenen öffentlichen Debatte den Eindruck gewinnen, als gäbe es in Niedersachsen ein großes Problem mit vollverschleierten Frauen. Tatsächlich kommt eine Vollverschleierung in Niedersachsen nur selten vor. Im Schulgesetz und im Beamtenrecht existieren bereits Regeln, nach denen eine Vollverschleierung untersagt werden kann. In der jetzt folgenden parlamentarischen Beratung werden wir uns sehr genau ansehen, ob weitergehende Regelungen zu treffen sind. Klar muss sein, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung und des Grundgesetzes auch die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantieren.

### **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Stadt Helmstedt, Landkreis Helmstedt**

Die Räte der Stadt Helmstedt und der Gemeinde Büddenstedt haben in ihren Sitzungen am 13. September 2016 mehrheitlich die Bildung der neuen Stadt Helmstedt durch Zusammenschluss der beiden Gemeinden beschlossen. Nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung und § 25 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) bedürfen Gebietsänderungen eines Gesetzes. Dem ist jetzt der Landtag einstimmig nachgekommen.

### **Entwurf eines Gesetzes zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Im Nachgang des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März zum ZDF-Staatsvertrag haben sich die Länder darauf verständigt, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für das ZDF, die gleichermaßen auch für alle anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gelten, für das Deutschlandradio umzusetzen. Davon umfasst sind insbesondere eine staatsfernere Ausgestaltung der Gremienbesetzung und mehr Transparenz. Die Regierungschef\_innen der Länder haben den Staatsvertrag auf ihrer Konferenz im Dezember 2016 unterzeichnet. Mit diesem Gesetz setzen wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts jetzt um.



### **Entwurf eines Gesetzes über Mitwirkungs- und Klagerechte von Tierschutzorganisationen**

Durch die Staatszielbestimmungen des Artikels 20 a des Grundgesetzes und des Artikels 6 b der Niedersächsischen Verfassung ist der Tierschutz zum Rechtsgut mit Verfassungsrang erhoben worden. Vor diesem Hintergrund gilt es, einen effektiven Schutz der Tiere zu wahren und Instrumente zu schaffen, die dazu beitragen können, dem vorgenannten Staatsziel in der seinem Rang zukommenden Weise optimal zu entsprechen. Zu diesen Instrumenten zählt die Einbindung von anerkannten Tierschutzorganisationen über die bisher bestehenden gesetzlichen Beteiligungspflichten hinaus. Mit diesem Gesetz soll anerkannten Tierschutzorganisationen bei der Vorbereitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften zum Schutz der Tiere und in bestimmten Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren ein Recht auf Beteiligung in Form der Gelegenheit zur Stellungnahme und ein Klagerecht in Form einer Feststellungsklage nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung eingeräumt werden.

### **FIS-N (Fachinformationssystem Naturschutz) - Arten brauchen Daten**

Für den aktiven Schutz und den Erhalt brauchen Arten Daten über ihre Vorkommen, Verbreitung und Häufigkeit. Dies ist nicht nur bei seltenen Arten notwendig. Aus diesem Grund wurden 1978 das Niedersächsische Tierartenerfassungsprogramm und 1983 das Niedersächsische Pflanzenarten-Erfassungsprogramm ins Leben gerufen. Mit deren Hilfe werden Daten über einzelne Tier- und Pflanzenarten nach einer standardisierten Methode gesammelt und für die

Naturschutzarbeit aufgearbeitet. Für eine einfachere Erfassungsart und eine schnelle Bereitstellung der Daten würde sich eine Online-Datenbank sehr gut eignen. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, den Aufbau einer solchen Datenbank voranzutreiben.

### **Ärztliche Ausbildung, Anerkennung und Niederlassung für die hausärztliche Versorgung in Niedersachsen sicherstellen**

Eine funktionierende wohnortnahe gesundheitliche Versorgung ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Die Landesregierung verfolgt das Ziel einer flächendeckenden, leistungsfähigen und finanzierbaren gesundheitlichen Versorgung. Die Gesetzgebungskompetenz obliegt dem Bundesgesetzgeber und der Sicherstellungsauftrag der vertragsärztlichen Versorgung ausschließlich der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen. Die Zuständigkeit für die Weiterbildung der Ärztinnen und Ärzte liegt ausschließlich bei der Ärztekammer Niedersachsen. Alle Menschen in Niedersachsen sollen unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft oder gesundheitlichem Risiko eine leistungsfähige, sichere und flächendeckende medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können. Dabei liegt das Augenmerk insbesondere auf den Hausärzten, denen gerade in ländlichen Regionen eine wichtige Rolle zukommt. Auf Landesebene wird bereits aktiv gehandelt und es wurden bereits Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in unserem Land umgesetzt. Unabhängig von diesen Maßnahmen bedarf es weiterer Veränderungen. Diese fordern wir mit dem vorliegenden Antrag ein.

### **Sparkassen in Niedersachsen - eine Erfolgsgeschichte mit kommunaler Beteiligung erhalten**

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass unser gewachsenes und bewährtes kommunales Aufsichtssystem und der öffentliche Auftrag der Sparkassen nicht dadurch gefährdet werden, dass an die Sparkassen die Maßstäbe angelegt werden, die der neue durch die EZB herausgegebene Entwurf des „Leitfadens zur Beurteilung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit“ für „bedeutende“ Kreditinstitute formuliert. Zusätzlich soll erreicht werden, dass auch zukünftig gewählte kommunale Hauptverwaltungsbeamte\_innen und kommunale Mandatsträger\_innen ihre Erfahrung und ihr Wissen in den Verwaltungsräten als Mitglieder einbringen können.

### **Solarenergie fördern: Photovoltaik (PV) weiterentwickeln und zusätzliche Potenziale heben**

Dezentrale Solarstromanlagen zum Eigenverbrauch leisten einen sinnvollen Beitrag für die Energiewende. Hausbesitzer halten sich mit Investitionen in Photovoltaik-Anlagen gegenwärtig zurück. Investitionen in PV-Anlagen werden vielfach als unwirtschaftlich und nicht mehr sinnvoll erachtet. Aspekte wie Eigenstromnutzung sind häufig nicht präsent. In der Regel lohnt sich die Investition, wenn es gelingt, den selbst hergestellten Strom auch größtenteils selbst zu verbrauchen. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die die bestehenden Potenziale zum Ausbau der Solarenergie auf Frei- und Dachflächen vorantreiben.

### **Rot-Grün fördert neue Krippenplätze weiter mit einem Zuschuss von 12.000 Euro**

Die rot-grüne Landesregierung fördert den Bau neuer Krippenplätze auch in Zukunft mit dem Höchstbetrag von 12.000 Euro. Zu Beginn dieser Woche haben wir uns mit der Landesregierung darauf verständigt, dass es auch im Rahmen der neuen Förderrichtlinie zum Ausbau der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder (RAT) diesen Betrag für die Träger der

Betreuungseinrichtungen geben wird. Neue Plätze in der Tagespflege werden mit maximal 4.000 Euro ebenso in der bisherigen Höhe gefördert. Damit sichern wir den schnellen Ausbau der Plätze für frühkindliche Bildung nachhaltig. Allein in den ersten vier Jahren der rot-grünen Landesregierung sind in Niedersachsen 12.000 neue Krippenplätze gebaut worden.

Wir arbeiten gemeinsam mit den Städten und Gemeinden hart daran, dass jedem Kind in unserem Landkreis ein wohnortnaher Krippenplatz oder ein Platz in der Tagespflege angeboten werden kann.

Die neue Förderrichtlinie ist ein wichtiger Schritt dahin, im ganzen Land eine Quote von durchschnittlich 35 Prozent für Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder zu erreichen. „Bis Ende des Jahres 2017 werden wir in Niedersachsen bereits mehr als 64.000 Plätze in Krippen und in der Tagespflege haben. Das ist ein neuer Rekord. Die SPD-geführte Landesregierung investiert so viel Geld wie nie zuvor für die frühkindliche Bildung. Zu Zeiten der CDU/FDP-Landesregierung sind neue Krippenplätze nur mit 5.250 Euro, höchstens mit 7.700 Euro, gefördert worden.

Nach der Einführung der dritten Betreuungskraft in den Krippen und dem qualitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung ist die Höchstförderung von 12.000 Euro für neue Krippenplätze ein weiterer wichtiger Baustein für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern in Niedersachsen. Frühkindliche Bildung ist die Basis für das Lernen der Kinder.

### **Unterwegs mit dem Innenausschuss auf Informationsreise in Brüssel**



Vom 27.-29. März reiste der Ausschuss für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages zu einem Informationsbesuch in die belgische Hauptstadt Brüssel. Die Reise diente dabei vor allem dem Informationsaustausch. Vor allem das Themenfeld der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Flüchtlingspolitik stand dabei ganz oben auf der Tagesordnung. Die Herausforderungen in der Sicherheits- und Flüchtlingspolitik sind nur zu lösen, wenn alle Organe gemeinsam an einer gemeinsamen Lösung arbeiten. Allein ist niemand im Stande diese Probleme zu bewältigen. Deswegen war es gut, die Austauschmöglichkeit mit Vertreter\_innen von europäischen Behörden und Institutionen zu nutzen.

Ein wichtiger Programmpunkt der Reise war in diesem Zusammenhang etwa der Austausch mit Europol über verschiedene Sicherheitsfragen, wie der europäischen Terrorabwehr, Cyberkriminalität oder den Grenzschutz. Die engere Zusammenarbeit und der verstärkte Informationsaustausch mit Europol und anderen transnationalen Sicherheitsbehörden unterstützt und entlastet unsere nationalen Behörden bei ihrer täglichen Arbeit vor Ort.

Es ist wichtig, dass allen schutzsuchenden Menschen, die in die EU einreisen, ein schnelles und faires Verfahren bezüglich ihrer Asylgesuche ermöglicht wird. Deswegen bin ich überzeugt davon, dass eine Reform des europäischen Asylsystems ein wichtiger und richtiger Schritt ist.



Neben Besuchen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Staatsanwaltschaft standen auch Gespräche über die europäische Feuerwaffen-Richtlinie und die Militärische Krisenvorsorge auf der Tagesordnung.

### **Einsetzung eines Integrationsmoderators in Hildesheim**

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass in Hildesheim einer von landesweit 24 Integrationsmoderatoren eingesetzt wird. Am Dienstag konnte ich erfahren, dass die Johanniter-Unfall-Hilfe für das entsprechende Projekt ‚Überbetrieblicher Integrationsmoderator‘ vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium gefördert wird.

Das geförderte Projekt ist ein Erfolg für die gesamte Region Hildesheim. Ich gratuliere den Johannitern herzlich zu diesem Erfolg.

Die Integrationsmoderatoren helfen den lokalen Unternehmen Geflüchtete als neue Arbeitskräfte zu gewinnen und begleiten dann zwei Jahre lang die Integration in den Betrieben. Damit sorgen wir für die langfristig erfolgreiche Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft und tun etwas gegen den Fachkräftemangel. Die Moderatoren geben den Geflüchteten Starthilfe und unterstützen sie z.B. bei Sprachvermittlung, Behördengängen oder dem Besuch der Berufsschule. Sie arbeiten dabei in enger Abstimmung mit den Jobcentern, der Bundesagentur für Arbeit und lokalen Initiativen. Das geförderte Projekt ist eine Win-Win-Situation für Unternehmen, Geflüchtete und die Region Hildesheim.

Landesweit werden vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium insgesamt 24 Modellprojekte mit insgesamt 3 Mio. Euro gefördert.

### **Stadt und Region Hildesheim profitieren von Städtebauförderung in Millionenhöhe**

Hildesheim, Elze und die Samtgemeinde Leinebergland können sich über Städtebauförderung in Millionenhöhe freuen. Es fließen Mittel von Bund und Land in die Region.

Aus dem Programm "Soziale Stadt" gehen je 200.000 Euro in die nördliche Nordstadt sowie ins Stadtfeld. Im Rahmen des Programms "Stadtumbau West" fließen Förderungen in Höhe von 353.000 Euro in das Michaelisviertel. Außerdem kann sich die Oststadt über die stolze Fördersumme von 1,4 Mio. Euro freuen.

Ferner werden im Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" 660.000 Euro in die Elzer Innenstadt und 700.000 Euro in die Gronauer Innenstadt investiert. Durch das Programm "Kleinere Städte und Gemeinden" gehen zusätzlich 823.000 Euro nach Duingen und 800.000 Euro nach Gronau.

Die Förderung ist in den Stadtteilen und Städten gut investiert. Es ist wichtig den ansässigen Bürgerinnen und Bürgern ein ansprechendes Umfeld zu bieten und so auch für künftige Mitbewohner attraktiv zu bleiben"

## ***Nachrichten aus dem Wahlkreis***

### **Praktikanten im März**

Wie in jedem Frühjahr habe ich auch in diesem Jahr wieder zwei Praktikanten von der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim betreut. Sie begleiteten mich vom 20.-31. März.



**Jonas Bonhagen:** Ich bin 18 Jahre alt und besuche die 12. Klasse der Robert Bosch Gesamtschule. Politisch bin ich sehr Interessiert. Bisher habe ich mich

weitestgehend nur mit Politik auf Bundesebene beschäftigt. Dieses Praktikum habe ich für mich als Chance gesehen, zu erleben, wie Politik auf Landesebene funktioniert. Aus diesem Grund habe ich mich für ein Praktikum beim Hildesheimer Landtagsabgeordneten Bernd Lynack entschieden. Dadurch bekam ich die Möglichkeit ein ganz neues Berufsfeld zu entdecken und so einen Einblick in den normalen Alltag eines Landtagsabgeordneten zu bekommen.



**Duc VU:** Ich bin 17 Jahre alt und besuche momentan die 12. Klasse der Robert-Bosch Gesamtschule. Durch meine Leistungskurse im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich sah ich es als eine großartige Möglichkeit an, bei Bernd Lynack mein zweiwöchiges Fachpraktikum absolvieren zu können, da ich es als sehr interessant empfinde, nicht nur die Politik und das politische System Deutschlands in der Theorie aus Schulbüchern kennenzulernen, sondern wirklich dabei zu sein und zu sehen, wie die Gesetzgebung in Deutschland funktioniert. Sehr interessant fand ich dabei vor allem, dass ich durch das Praktikum Einblicke in die Landes- und Kommunalpolitik bekommen habe, was – wie ich finde – leider immer in einer eher untergeordneten Rolle in der öffentlichen Diskussion steht. Das finde ich schade, da genau dies die Ebenen sind, die uns als Bürger in der Bundesrepublik am meisten betreffen und auch am greifbarsten sind.

### **Familie Jansen aus Hildesheim löst Gutscheingewinn ein**



Familie Jansen hatte anlässlich der Himmelsthürer Filmnacht 2016 einen Gutschein für einen Besuch des Niedersächsischen Landtages inklusive eines Essens mit mir gewonnen. Am Mittwoch war es soweit. Nach einem leckeren Mittagessen im italienischen Restaurant „Bei Mario“, besuchte Familie Jansen eine Plenarsitzung. Die spannende Debatte zu Entwürfen des Innenausschusses mit dem Thema „Verhüllung des Gesichts in öffentlichen Gebäuden“ und Klagerechten von Tierschutzorganisationen rundeten den Besuch in Hannover ab. Über den Besuch habe ich mich sehr gefreut, Familie Jansen war über die Themenvielfalt im Plenum erstaunt und erlebte nicht nur eine lebhaftere Plenarsitzung. Es war auch genügend Zeit für einen Blick hinter die Kulissen unserer Arbeit im Landtag.

### **Innenministerium verbietet Deutschsprachigen Islamkreis (DIK) Hildesheim**

Mit dem Vereinsverbot kann vorerst ein Schlussstrich unter das Thema DIK in der Nordstadt gezogen werden. Das Verbot ist die richtige Antwort auf die offensichtlich demokratiefeindlichen Aktivitäten des 'Islamkreises'. Wir können nicht dulden, dass junge Menschen in unserer Mitte unter dem Vorwand der Religion radikalisiert und für den IS rekrutiert werden.

Das Verbot ist das Ergebnis von sehr aufwändigen Ermittlungen unserer niedersächsischen Sicherheitsbehörden. Allen beteiligten Stellen und dem Innenministerium unter Boris Pistorius gilt unser Dank für ihre gute Arbeit. Viele – auch ich selbst – hätten sich gewünscht, dass das Verbotsverfahren schneller hätte entschieden werden können. Letztendlich war diese Zeit aber nötig, um ein ‚gerichtsfestes‘ Verbot



aussprechen zu können. Niemandem hätte es geholfen, wenn nach einer schnellen Entscheidung das Verbot vor Gericht nicht bestanden hätte.

Ich hoffe, dass die Nordstadt nun etwas zur Ruhe kommen kann.

### **Wahlkreiskonferenz am 31. März mit Boris Pistorius – Danke für das großartige Vertrauen**



Unsere Delegierten haben mich am vergangenen Freitag bei unserer Wahlkreiskonferenz erneut als Kandidat für die Landtagswahl am 14. Januar aufgestellt. Das Ergebnis von 100 Prozent der abgegebenen Stimmen ist traumhaft. Vielen Dank für dieses großartige Vertrauen. Ich freue mich jetzt auf einen intensiven Wahlkampf mit Euch, damit das Direktmandat auch weiterhin bei unserer SPD bleibt!

Sehr gefreut habe ich mich auch, dass unser Innenminister Boris Pistorius als Gastredner an der Wahlkreiskonferenz teilgenommen hat. In seinem Referat hat Boris Pistorius die innere Sicherheit in Niedersachsen als thematischen Schwerpunkt gesetzt. Es ging um Terroranschläge, Gefahren durch den Salafismus, allgemeine und Flüchtlingskriminalität, die Stärkung unserer Polizei und ihrer polizeilichen Mittel. „Wir tun, was der wehrhafte Staat tun muss“, führt Pistorius aus. Doch der „große Werkzeugkasten der inneren Sicherheit“ müsse sensibel gehandhabt werden.

Der Innenminister ging im Verlauf seiner Rede auch auf die „große Politik“ ein. Mit Blick auf die politische Lage in Amerika nach der Wahl von Donald Trump, dem nunmehr eingeleiteten Brexit und den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich rief er dazu auf, vor der Stimmabgabe zu bedenken, „dass Wahlen Konsequenzen haben“. Diesen Teil seiner Rede bezeichnet er ausdrücklich als „Liebeserklärung für die Demokratie“. Zu ihr gebe es „keine Alternative.“



### **Interkulturelles Frauenfrühstück mit Boris Pistorius in der Nordstadt**

Schon vor der Wahlkreiskonferenz hat uns der Innenminister am 8. März einen Besuch in der Nordstadt abgestattet. Auf Einladung von Jutta Rübke haben Boris Pistorius



und ich am Weltfrauentag am interkulturellen Frauenfrühstück teilgenommen.

Klar, dass nach der Diskussion jede Teilnehmerin eine Rose von uns bekommen hat.



### **Bilanz über meine Arbeit im Landtag**



Pünktlich zur Wahlkreis-Konferenz habe ich eine kleine Bilanz-Broschüre über meine Arbeit in dieser Legislaturperiode herausgegeben. Kompakt zusammengefasst ist hier nachzulesen, was wir für Niedersachsen insgesamt, aber auch speziell für den Wahlkreis erreicht haben. Die Broschüre liegt in meinem Wahlkreisbüro in der Osterstraße 39 a aus. Über euer Interesse würde ich mich freuen.

Soweit mein Bericht aus dem Landtag zum April-Plenum. Der nächste Plenarabschnitt ist für die Zeit vom 17. bis 19. Mai angesetzt. Bis dahin wünsche ich Euch und Euren Familien eine schöne Osterzeit und hoffentlich frühlingshaftes Wetter. Erholt Euch gut und sammelt Kraft für die vor uns liegende Bundestagswahl am 24.09.2017 und die Landtagswahl am 14. Januar 2018.

Herzliche Grüße



**P. S.: Ich würde mich riesig freuen, viele von Euch am 1. Mai auf dem Hildesheimer Marktplatz zu sehen. Unsere SPD ist natürlich auch wieder mit einem Stand vertreten. Danke an alle Jusos, für die Organisation!**